



EZA-Forderungen für das Budget 2012

- **Rücknahme der Kürzungen der bilateralen EZA / ADA: 7,4 Mio.€**
 - **Erhöhung der Dotierung des Auslandskatastrophenfonds**
 - **Revision des bis 2014 geplanten Sparbudgets der ADA**
 - **Ausarbeitung konkreter Vorschläge für eine gesetzliche Absicherung und einen verbindlichen Stufenplan mit der Perspektive:**
 - einer Steigerung der bilateralen EZA-Mittel auf 200 Mio. € bis 2015
 - einer Dotierung des Auslandskatastrophenfonds mit 20 Mio. € bis 2015
- um das 0,7% Ziel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen**

Argumentation:

- Dringender Bedarf: Die Krise in Ostafrika zeigt die fatalen Folgen zu geringer Beachtung der Entwicklungszusammenarbeit. Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit (EZA) kann unmittelbar Leben retten und zukünftige Krisen verhindern. Die über die staatliche Entwicklungsagentur ADA abgewickelten Mittel kommen der direkten österreichischen Zusammenarbeit in Form von konkreten Projekten und Programmen zu Armutsbekämpfung zu Gute.
Aktuell werden dringend Mittel benötigt für Programme zur Ernährungssicherung am Horn von Afrika, für den Aufbau von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen im Südsudan und die Verstärkung der entwicklungspolitischen Information zu globalen Themen in Österreich.
- Im Sinne der österreichischen Bevölkerung: Die große Spendenbereitschaft der österreichischen Bevölkerung beweist, dass ihnen das Thema ein Anliegen ist und sie in hohem Ausmaß zu internationaler Solidarität bereit sind. Die derzeitige Dotierung des EZA-Budgets ist demgegenüber beschämend. Allein am ORF Aktionstag „Nachbar in Not“ für Ostafrika wurden 3,5 Mio. € gespendet, die Bundesregierung stellte bisher 1,5 Mio. € bereit. Zum Vergleich: Deutschland finanziert mit rd. 150 Mio.€ pro Person etwa das Zehnfache¹ - trotz höheren pro Kopf Spendeaufkommens! Im Vorjahr wurden für die Katastrophen in Haiti und Pakistan fast 10 mal soviel gespendet wie die staatliche Dotierung des Auslandskatastrophenfonds ausmacht.
- Verantwortung des Staates: Globalisierung, enge Verflechtungen von Handel, Finanzmärkten und Politik machen gegenseitige Unterstützung und gemeinsames Handeln auf internationaler Ebene wichtiger denn je. Globale Fragen wie Finanz- und Wirtschaftsstabilität, Klimawandel, globale Armut, Migration, Einhaltung der Menschenrechte und Sicherheit können nicht von einem kleinen Land wie Österreich im Alleingang gelöst werden. Österreich hat in der Vergangenheit von internationaler Hilfe profitiert – etwa durch den Marshallplan nach dem 2. Weltkrieg – und es profitiert aktuell stark durch seine Integration in die Weltwirtschaft, Exportmöglichkeiten und Präsenz in internationalen Organisationen. Dies führt aber selbstverständlich auch zu Verpflichtungen zum Engagement in der internationalen Gemeinschaft. Gerade als Staat mit humanitärer Tradition und als Sitz internationaler Organisationen muss der Staat Österreich seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen. Dazu gehört auch die staatliche Entwicklungszusammenarbeit. Österreich hat sich

¹ Regierungsbeitrag/Person: D: 1,8€/p.P.;Ö:19 c/p.P.; Spendeaufkommen: D: 61€/p.P., Ö: 46€/p.P.: s Spendenbericht

mehrfach auf UN und EU-Ebene sowie auf Regierungsebene zu einer Anhebung seiner öffentlichen EZA auf 0,7% des BNE bekannt. Konkrete Umsetzungsschritte sind eine Frage der Glaubwürdigkeit.

- Spenden sind kein Ersatz für öffentliche Mittel: Staatsaufgaben sollten auch aus staatlichen Mitteln finanziert werden. Die Aktivitäten von privaten Organisationen können diese gut ergänzen, aber nicht ersetzen. Laut Spendenbericht 2010 tragen Personen aus schwächeren Einkommensschichten den Großteil der Spenden². In den vergangenen Jahren wurde ein Spendenmotiv immer stärker: Immer mehr Österreicher spenden, da ihrer Meinung nach der Staat zu wenig für die Bedürftigen macht. Eine bessere Dotierung der EZA durch Steuermittel würde demgegenüber zu einer gerechteren Verteilung der Lasten führen, Wohlhabende angemessen beteiligen und verhindern, dass vorwiegend ärmere Bevölkerungsschichten staatliche Finanzierungslücken ausgleichen. Dies entspräche der wesentlich Intention von Steuern: der Verteilungsfunktion und Finanzierung sozialer Maßnahmen. Während Spenden vor allem für emotional eindrückliche Situationen und bestimmte Menschengruppen fließen, Vorlaufzeit und Werbemaßnahmen benötigen, können staatliche Mittel vorbeugend und langfristig auch für komplexere Bereiche und strukturelle Maßnahmen eingesetzt werden und rasch verfügbar sein.
- Effizienz und Wirksamkeit durch Kombination privater und öffentlicher Mittel: Kofinanzierungen von Projekten privater Träger durch staatliche oder EU Mittel haben sich bewährt, können Spendenmittel vervielfältigen, zusätzliche Hebelwirkung erzeugen, Basiskontakte und Expertise bestmöglich nutzen.
Durch Kürzungen öffentlicher Mittel und Verschiebung der Lasten hin zu Privatspenden in den letzten Jahren bleibt viel Potential ungenutzt.
- Österreichisches Know how nutzen und auf bewährte Partnerschaften bauen: Österreich hat in wichtigen Bereichen wie Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung, Wasser- als auch Gesundheitsversorgung, und Bildung viel an Erfahrung und international anerkannte Expertise anzubieten. Die österreichischen NGOs blicken auf über 30 Jahre Erfahrung und gemeinsamer Weiterentwicklung mit Partnern vor Ort zurück. Diese Erfahrungsschätze können für neue Programme und Herausforderungen gut genutzt werden.
- Verständnis und Unterstützung im Inland stärken: Entwicklungspolitische Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit sensibilisiert die Bevölkerung für Entwicklungszusammenarbeit und trägt zu einem besseren Verständnis globaler Zusammenhänge bei. Sie bietet Möglichkeiten des Dialogs mit der Bevölkerung und mobilisiert aktive Unterstützung für mehr Armutsbeseitigung und nachhaltige Entwicklungsstrategien u.a. durch mehr und bessere EZA sowie förderliche Rahmenbedingungen.
- Um für Katastrophenfälle ausreichend Mittel rasch bereitstellen zu können, braucht es im Rahmen des Auslandskatastrophenfonds eine substantielle Erhöhung der Mittel und Bereinigung der Struktur³.
- Es ist möglich: Vorgesehenen Kürzungen 2012 um 7,4 Mio. € (von 89,4 2011 auf 82 Mio. € 2012)⁴ steht eine Budgetunterschreitung von 10,4 Mio. € im Jahr 2010⁵ gegenüber. Diese Mittel sollten zur Abfederung des EZA-Budgets und zusätzlichen Dotierung im AKF genutzt werden. (Im Budget 2011 wurde keine anderwärtige Nutzung der Rücklagen ausgewiesen).
- Eine Absicherung der EZA-Mittel und bessere Planbarkeit z.B. durch eine Fondslösung mit positivem Wachstumspfad (Stufenplan) für die bilaterale EZA und Humanitäre Hilfe ist dringend nötig, um weitere Kürzungen in den nächsten Jahren hintanzuhalten und eine Trendwende zu ermöglichen. Dies entspricht auch den Forderungen der OECD und Vereinbarungen der EU. Konkrete Konzepte in dieser Richtung sind bis Jahresende auszuarbeiten, damit sie als Grundlage für die Budgetrahmenverhandlungen Anfang 2012 dienen können.

² Spendenbericht 2010:

http://www.fundraising.at/Portals/0/1_DOWNLOADS/2010/101202_spendenbericht_final_V2_beschnitten.pdf

³ s. Anhang zum AKF

⁴ Rückführung auf das Niveau 2010 wären 16,8 Mio. € (auf 98,8 Mio. € bzw. 18 Mio. € auf die Höhe von 100 Mio. €)

⁵ s. Strategiebericht zum Bundesfinanzrahmen 2012-15 UG12 Äußeres: geg. Budget 2010 rd. 22 Mio.€ Einsparungen (insb. bei Wechselkursen, GASP und div. Ausgaben) geg. rd. 11,5 Mio € Mehrausgaben (v.a. f. Beiträge an internationale Organisationen) ergibt 10,4 Mio.€ Unterschreitung. Demgegenüber stehen 2010 Kürzungen bei der ADA um 9,4 Mio.€.

